

AUS DER LESERPOST

NN 7.3.18 HOS

Weiterhin mitdenken und sich einmischen

Betrifft: Meinungsfreiheit auch in Höchststadt bedroht?

Wer es derzeit in Höchststadt wagt, sich öffentlich gegen das von oben diktierte Einkaufszentrum sowie zur vom Stadtrat initiierten Bürgergenossenschaft kritisch zu äußern, könnte möglicherweise „gefährlich“ leben. Wie insgesamt in Deutschland, ist auch hier die Bedrohung der Meinungsfreiheit massiv.

Wurden etwa Versuche einer Rufschädigung von interessierten Kreisen in Höchststadt lanciert, um unsere ehrenamtliche Kinoarbeit zu beschädigen? Genannt werden könnten: Täter-Opfer-Umkehr, unwahre Behauptungen, Stimmungsmache sowie Abwertung unserer Bemühungen, auch den dringend umzusetzenden Antikriegsauftrag der Höchststadter Friedenserklärung endlich mit Leben zu füllen – statt sie immer nur geschäft-

tig durch die Gegend zu tragen.

All das durften wir bereits am eigenen Leib erleben. Selbstverständlich werden wir auch weiterhin keine Kriegspropaganda- oder Horrorfilme wie „Mission Impossible“ oder „Dark Shadows“ zeigen. Das waren Aktivitäten des AKKU, wofür dieser allerdings offensichtlich keine Genehmigung hatte.

Eigentlich ist es eine unabdingbare Grundlage unserer Republik, dass jeder Bürger gleichermaßen seine Meinung in Wort, Schrift und Bild äußern kann. Generell gehört zu den Grundrechten „einer freiheitlichen Republik“ dieses Recht (Artikel 5 GG). Das deutsche Bundesverfassungsgericht hat bereits 1958 dazu festgehalten: „Das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung ist als unmittelbarster Ausdruck der menschlichen Persönlichkeit in der Gesellschaft eines der vornehmsten Menschenrechte über-

haupt“. Zur Meinungsfreiheit gehört die Meinungsvielfalt existenziell. In einer Demokratie ist Opposition grundlegend.

Sollte versucht werden, sie mundtot zu machen, oder wenn beispielsweise dem Bürger das gescheiterte ADAC-Projekt eventuell verübelt würde, könnte es einen Verlust des Respekts vor der anderen Meinung bedeuten. Zeigen die persönlichen Angriffe aus dem AKKU-Umfeld gegen uns etwa, wie weit die Verrohung – auch in der politischen Auseinandersetzung vor Ort – schon gediehen ist?

Dennoch werden wir uns auch weiterhin einmischen, mitdenken und Fehlentwicklungen in der Gemeinde und darüber hinaus öffentlich benennen. Wir brauchen keine Vormünder, und wenn breite öffentliche Diskussionen – von wem auch immer – als Bedrohung des „Machtmonopols“ der Obrigkeit aufgefasst werden, um

durch Dämonisierung eine Ausgrenzung plausibel erscheinen zu lassen, hat eine ehrliche, bürgernahe Politik ausgedient. Am Ende steht die Entsolidarisierung der Bevölkerung.

Werden wir demnächst auch in Höchststadt, wie schon lange in Deutschland, eine „alternativlose“ Politik erdulden müssen? Wir bleiben dabei: Zu den zentralen Aufgaben unseres Stadtrats gehört auch der Schutz der Bevölkerung. Katastrophenpläne müssen öffentlich besprochen und geübt werden, um im Falle Panik zu vermeiden.

Wenn Bürgermeister Brehm welche in der Schublade hat, möchten wir sie endlich kennen. Die Beteiligung Deutschlands an den illegalen Kriegen der USA, auch mit Rechtfertigung von Bundesabgeordneten der Region, ist Grund genug, Vorsorge zu treffen.

Ulrike und Werner Schramm
Höchststadt